

Rein finanzgetrieben

Autor(en): **Forster, Peter**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **94 (2019)**

Heft 6

PDF erstellt am: **26.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Rein finanzgetrieben



Am 15. Mai 2019 machte der Bundesrat Nägel mit Köpfen. Zu «Air2030» und zur Bodenarmee fällt er einschneidende Entscheide - in beiden Fällen finanzgetrieben.

Zu «Air2030» kommt die Regelung, die unter dem Code «*unbundling*», Aufschnürung, lange durch das Bundeshaus-Ost geisterte.

Zum Entscheid, Kampfjet und BODLUV zu entbündeln, führt der Bundesrat gute Gründe an. Er will allein das Flugzeug vors Volk bringen. Die Flab dagegen will er über das ordentliche Rüstungsprogramm beschaffen.

Den Vorzug des Planungsbeschlusses schützt der Bundesrat: Das Volk soll über den Finanzrahmen abstimmen, ohne dass der Typ präjudiziert ist - und wie 2014 Stimmen kostet.

Mehr Mühe bereitet der neue Plafond von nur sechs Milliarden für den Kampfjet. Claude Nicollier, die Autorität sondergleichen, empfiehlt zu Recht, mindestens 40 Flugzeuge anzuschaffen. Mit sechs Milliarden schränkt der Bundesrat sich und die Armee unnötig ein!

Schon nennen Hersteller in Hintergrundgesprächen Anhaltspunkte zu den Kosten. Sechs Milliarden bedeuten: entweder den Verzicht auf 40 Maschinen oder dann den Kauf eines Billigjets. Was letztere Methode 2014 brachte, braucht nicht in Erinnerung gerufen zu werden.

Zu fordern ist ein Plafond von mindestens sieben Milliarden. Die Schweiz braucht auf lange Sicht mindestens 40 Kampfjets - und zwar das beste Flugzeug, als Antwort auf die Bedrohung, nicht einfach so finanzgetrieben.

In der Rüstungsbranche geben die 60% für die Gegengeschäfte zu reden. *Die Schweiz ist auf ihre Rüstungsbasis angewiesen; diese würde von 100% Offset direkt profitieren - Gutachten Grüter hin oder her.* Zu stellen ist da überdies die Frage nach Treu und Glauben.

Positiv zu bewerten ist das Bekenntnis des Bundesrates zu BODLUV: Er will die neue Fliegerabwehr parallel zum NKF und eng auf dieses abgestimmt vorantreiben.

*

Der Grundlagenbericht zur Modernisierung der Bodentruppen bietet zähe Lektüre - zwei bis drei Arbeitstage sind zu veranschlagen.

Auch zur Erneuerung der terrestrischen Verteidigung von Volk und Land hätte man sich zuerst die Analyse der gefährlichsten Bedrohung gewünscht - und erst dann die Optionenwahl mit Finanzdächern. *An sich ist der Boden-Bericht überlegt und kompetent verfasst. Politisch aber kommt er rein finanzgetrieben daher.*

Der Entscheid, die billige Option 2 mit ihrem diffusen «hybriden Konfliktbild» zu verfolgen, verletzt das elementare militärische Gebot, die Abwehr sei auf die gefährlichste Bedrohung auszurichten. Aber eben: Für die Option 2 reichen maximal sechs Milliarden.

Auch wenn die Option 1, die Verteidigung der Schweiz, kostet - so sang- und klanglos hätte sie nie und nimmer abserviert werden dürfen.

*

Eine Ehrenmeldung verdient Bundesrätin Amherd im parteipolitischen Getöse.

Dass ihr die SP vorwirft, ihr Kampfjet-Konzept sei «untauglich» und der Verzicht auf Panzer «überfällig» - das ehrt die VBS-Chefin und belegt, dass ihr Vorgehen auch brauchbare Elemente enthält, bei aller Kritik an den massiv politischen Weichenstellungen.

Peter Forster, Chefredaktor